



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

**Verantwortung für Bayern übernehmen:
Bayerischer Maßnahmenplan für eine soziale Wärmewende vorlegen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erinnert daran, dass die Auswirkungen des Klimawandels und des Angriffskriegs auf die Ukraine uns vor außerordentliche energiepolitische Herausforderungen stellen. Der Landtag ist der Auffassung, dass nur die schnellstmögliche Abkehr von fossilen Brennstoffen dauerhaft dem Zieldreieck Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit dient.

Der Landtag begrüßt das bundesdeutsche Ziel, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen, und begrüßt ausdrücklich, dass der Freistaat dieses Ziel bereits für 2040 – also 5 Jahre früher – gesetzlich verankert hat.

Der Landtag vertritt die Auffassung, dass im Sinne dieser Zielsetzung und zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger auch die Wärmewende forciert und gleichzeitig sozial verträglich ausgestaltet werden muss.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert,

- sich an den eigenen Klimaschutzzielen zu orientieren und dem Landtag unverzüglich einen bayerischen Maßnahmenplan für eine soziale Wärmewende vorzulegen,
- in einem ersten Schritt nach der endgültigen Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) im Bundestag die Umsetzungsschritte an das für Bayern im Klimaschutzgesetz verankerte, ambitionierte Ziel der Klimaneutralität Bayerns bereits 2040 anzupassen,
- den Ausbau der Geothermie auf das Zieljahr 2040 auszurichten und die klimaneutrale Fernwärme stärker zu forcieren,
- insbesondere größere Kommunen zur Wärmeplanung zu verpflichten und sie dabei finanziell und personell zu unterstützen.

Begründung:

Bayern will bis 2040 klimaneutral sein. Das Ziel ist richtig und mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz auch gesetzlich für den Freistaat verankert. Umso verwunderlicher ist, dass die Staatsregierung landeseigene Maßnahmen bisher nicht oder nur unzureichend auf dieses Ziel ausrichtet.

Sowohl der Klimawandel als auch Russlands Krieg gegen die Ukraine haben gezeigt, dass eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung nur mit einem Aus-

stieg aus den fossilen Energieträgern gewährleistet werden kann. Die dazu notwendigen Maßnahmen bedeuten Veränderung. Politik hat die Aufgabe, Veränderungen zu erklären, zu gestalten und soziale Härten abzufedern. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, ihren eigenen Handlungsspielraum vollumfänglich auszuschöpfen.